

Protokoll:

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion.

Dieses gibt an, Fragen bezüglich der zunehmenden Vermüllung der Stadt Koblenz eingereicht zu haben. Er fragt nach, was man tun kann, um die stetige Vermüllung abzustellen. Er nennt Beispiele der Städte Mainz und Offenbach, wie diese gegen die Vermüllung vorgehen. Des Weiteren führt er aus, dass die Stadt Mainz eine Allgemeinverfügung erlassen hat und die Bußgelder dort höher sind als in Koblenz. Er fragt nach, ob die Stadt Koblenz sich ein Beispiel an der Arbeit der beiden Kommunen nehmen kann.

Frau Bürgermeisterin Mohrs erwähnt zunächst, dass sie persönlich ganz viel positives Feedback von Besuchern der Stadt Koblenz erhält. Immer wieder würden die Touristen die Sauberkeit, Ordnung und die Grünanlagen loben. Sie bestätigt, dass Kaugummis und Zigarettenstummel ärgerlich sind. Das Problem der Ahndung ist aber, dass man die Personen nicht auf frischer Tat ertappt und somit nur sehr schwierig Bußgelder verhängen kann. Im Jahr 2024 wurden lediglich zehn Anzeigen an das Umweltamt weitergegeben. Frau Bürgermeisterin Mohrs schlägt vor, am sog. „Dreck-weg-Tag“ aber auch darüber hinaus, ein besonderes Augenmerk auf Vermüllung, zum Beispiel durch Kaugummis und Zigarettenstummel, zu legen. Der Außendienst soll dahingehend nochmal sensibilisiert werden, bei Feststellungen entsprechende Anzeigen zu fertigen und diese an das Umweltamt weiterzugeben. Die Zahlen werden anschließend im nächsten Fachausschuss vorgestellt. Herr Schmitt gibt an, den Auftrag an den kommunalen Vollzugsdienst weiterzugeben.

Die CDU-Fraktion wünscht sich darüber hinaus, dass mehr Aufklärung betrieben wird. Außerdem sollen mehr Kontrollen durch den Außendienst stattfinden. Ein Ausschussmitglied der WGS-Fraktion schildert, dass die Fraktion schon selbstständig im Stadtgebiet unterwegs war, um Zigarettenstummel einzusammeln und zu entsorgen. Zudem fragt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen unabhängig davon nach, ob auch Bußgelder für fehlplatzierte Hundehaufen verhängt werden. Frau Mohrs bejaht dies und verweist auf das zuständige Umweltamt.

Ein Ausschussmitglied der Fraktion Die Linke-Partei fragt nach, warum in letzter Zeit vermehrt Polizeikontrollen bzw. Streifen durch Ordnungsamt und Polizei stattfinden. Er interessiert sich für die Hintergründe.

Frau Bürgermeisterin Mohrs gibt an, dass aufgrund einer möglichen Beeinträchtigung des subjektiven Sicherheitsgefühls bei der Bürgerschaft die Präsenz der Einsatzkräfte erhöht. Dies konnte aus dem Bürgerpanel entnommen werden, woraufhin die Verwaltung nun nachsteuert. Im Rahmen der personellen Möglichkeiten gibt es also vermehrt gemeinsame Kontrollen mit der Polizei.

Hinsichtlich Karneval 2025 zieht Frau Bürgermeisterin Mohrs ein positives Fazit. Der Veranstalter hat zusammen mit den beteiligten Sicherheitsbehörden aufgrund der allgemein angespannten Sicherheitslage in Deutschland und den Drohungen ein Sicherheitskonzept entwickelt, welches auch ein besonderes Augenmerk auf den Zufahrtsschutz legt. Insgesamt waren neben dem kommunalen Vollzugsdienst und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung rund 200 Polizeikräfte im Einsatz, darunter auch Spezialeinheiten für große Veranstaltungen.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion spricht allen Einsatzkräften ein großes Lob aus und bittet darum, den Dank weiterzugeben. Die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und dem AKK (Arbeitsgemeinschaft Koblenzer Karneval) würde hervorragend laufen.

Frau Bürgermeisterin Mohrs ergänzt außerdem, dass durch die Arbeit von vier Reinigungskolonnen die Straßen und Plätze innerhalb kürzester Zeit wieder sauber waren.

Die WGS-Fraktion fragt nach, ob die Kommune in die Gesetzgebung des Landes eingreifen kann. Sie schildert die Problematik der steigenden Anzahl an Wohnmobilen. In der Stadt gibt es allerdings kaum Stellplätze dafür, wodurch die meisten Wohnmobile in den Stadtteilen abgestellt werden. Herr Schmitt erklärt, dass Personen, welche Eigentum besitzen, grundsätzlich Stellplätze nachweisen müssen. Wenn Fahrzeuge unberechtigt abgestellt werden, wird dies auch entsprechend geahndet. Die WGS-Fraktion wünscht sich jedoch eine Änderung der Gesetzgebung, weshalb Frau Bürgermeisterin Mohrs darum bittet das Anliegen an das Baudezernat weiterzugeben.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs die Sitzung um 16:40 Uhr.